

Mai 2006

BUND kritisiert großzügige Zuteilung von Emissionsrechten

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die zu großzügige Vergabe von Emissionsrechten durch die Bundesregierung kritisiert. Deutschland habe im Jahr 2005 vier Prozent mehr Kohlendioxid-Zertifikate an die Unternehmen ausgegeben, als diese benötigt hätten. Dies zeige, dass raschere Emissionsminderungen möglich seien, als von der Bundesregierung und den Unternehmen behauptet.

Angelika Zahrnt, BUND-Bundesvorsitzende: „Der Emissionshandel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Die Bundesregierung muss Konsequenzen aus diesen Zahlen ziehen und bei der Zuteilung der Emissionsrechte für die nächste Handelsperiode von den Unternehmen mehr Klimaschutz einfordern.“

Die rot-grüne Bundesregierung hatte den Unternehmen lediglich eine Emissionsminderung in Höhe von zwei Millionen Tonnen - das entspricht 0,4 Prozent - bis 2007 auferlegt. Aber schon 2005 stießen die Firmen laut Umweltbundesamt 21 Millionen Tonnen CO₂ weniger aus, als ihnen an Emissionshandels-Berechtigungen zustanden. In einer freiwilligen Klimaschutzvereinbarung zwischen der Industrie und der Bundesregierung hatten sich die Unternehmen im Jahr 2001 verpflichtet, die klimaschädlichen Emissionen um 45 Millionen Tonnen bis 2010 zu verringern. Die Bundesregierung hatte aber darauf verzichtet, diese Zusage mit dem Instrument des Emissionshandels verbindlich zu machen.



Zahrnt: „Bei der Aufstellung des nächsten Zuteilungsplans für den Emissionshandel von 2008 bis 2012 darf es keinen Klimaschutzrabatt mehr geben. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen muss ohne Abstriche umgesetzt werden.“

In dem bisherigen Entwurf des Zuteilungsplans von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel müssten die Unternehmen in



Deutschland bis 2012 ihre Emissionen lediglich um 15 Millionen Tonnen verringern. Diese wenig ambitionierte Vorgabe hätten die Unternehmen bereits 2005 erreicht. Der BUND warnte davor, dass die bis jetzt erzielten Fortschritte im Klimaschutz gefährdet seien, wenn die EU-Staaten nicht anspruchsvollere Ziele für den Zeitraum ab 2008 festlegten. Nachdem der Zertifikatepreis inzwischen von 29 Euro auf 9 Euro je Tonne gesunken sei, bestünden derzeit nur sehr geringe Investitionsanreize für mehr Klimaschutz.

Mehr Infos:

-  **BUND-Stellungnahme** zu Gabriels Entwurf des Nationalen Allokationsplans 2008-2012
-  **BUNDhintergrund Braunkohle und Klimaschutz** (Juli 2005)

April 2005

Klimaschutzkonzept NRW

RWE behauptet negativen Spitzenplatz

40 % der bundesweiten CO₂-Emissionen entstehen in Nordrhein-Westfalen. Allein die RWE-Braunkohlenkraftwerke erreichen mit jährlich knapp 90 Mio. t einen Anteil von 27 % an allen kraftwerksbedingten Kohlendioxid-Emissionen der Bundesrepublik.



Mitte März legte die NRW-Landesregierung den „Umsetzungsbericht 2005 zum Klimaschutzkonzept NRW“ vor. Das Land geht davon aus, bis 2005 ein CO₂-Minderungspotenzial in Höhe von 31 Mio. t pro Jahr mobilisieren zu können.

Die heimische Braunkohle leistet dabei trotz gegenteiliger Aussagen der Landesregierung keinen Beitrag.

Emissionszertifikate für 84,9 Mio. t/a

Dreckschleudern

Die zehn Anlagen mit den meisten Emissionsrechten in Deutschland (Millionen Tonnen CO₂ für 2005 bis 2007)

Konzern	Standort	Mio. t
RWE*	Bergheim	86,00
Vattenfall*	Peltz	77,30
RWE*	Grevenbroich	61,00
RWE*	Eschweiler	57,00
RWE*	Grevenbroich	50,70
Vattenfall*	Spremberg	39,40
Vattenfall*	Böhlen	36,70
E.on**	Gelsenkirchen	26,00
Vattenfall*	Boxberg	24,90
ThyssenKrupp***	Duisburg	21,20

*Braunkohle, **Steinkohle, ***Hüttenwerk

Quelle: DIE Zeit vom 3.3.2005

Erklärtes Ziel der Landesregierung war es, bezüglich des Europäischen Emissionshandels auf Regelungen hinzuwirken, „die sowohl den besonderen Erfordernissen der Energie- und energieintensiven Industrie des Landes Rechnung tragen, Arbeitsplätze sichern und ausbauen und zugleich den notwendigen Klimaschutz sicherstellen. Dementsprechend intensiv und im Ergebnis erfolgreich hat sich die Landesregierung in den politischen Meinungsbildungsprozess auf EU- und Bundesebene eingebracht.“(Umsetzungsbericht S. 11).

Im Klartext heißt das: Der größte Einzelverursacher für CO₂-Emissionen, die RWE Power AG, wurde für die Zuteilungsperiode 2005 bis 2007 mit Emissionszertifikaten für 84,9 Mio. t jährlich bedacht und konnte damit den Status quo sichern (s. Tabelle). Die Braunkohlenkraftwerke werden damit auf absehbare Zeit keinen Beitrag zur Reduktion des Treibhausgases Kohlendioxid leisten; die Reduktionen müssen allein von anderen Sektoren erbracht werden.

Für die Landesregierung ist zur Erfüllung der Kyoto-Verpflichtungen die Modernisierung des bestehenden Kraftwerksparks essenziell. Insofern begrüßt sie die Inbetriebnahme des Braunkohlenkraftwerks BoA 1 am Standort Niederaußem und die Planungen für die nächsten beiden Anlagen (BoA 2/3) am Standort Neurath. Dabei geht sie davon aus, dass durch die drei BoA-Kraftwerke gegenüber stillzulegenden Altanlagen jährlich 9 Mio. t

CO₂ eingespart werden und sich der Ausstoß sonstiger Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxid und Staub um rund 30 % sinkt. Diese Annahmen werden durch die Realität widerlegt.

Kohlendioxid-Emissionen unverändert hoch; Stilllegung von Altanlagen frühestens 2010

Ungeachtet der offenbar berechtigten Frage, ob der erreichte Wirkungsgrad des BoA-Kraftwerks Niederaußem tatsächlich bei 43 % liegt, beabsichtigt RWE Power keineswegs, die Menge der absoluten Kohlendioxid-Emissionen zu senken. So bestätigten die RWE-Vertreter dem BUND auf dem Erörterungstermin zum geplanten BoA 2/3 auf Nachfrage, dass eine Reduzierung der zur Verstromung eingesetzten Kohlemenge nicht geplant sei. So würde allein das geplante 2.200 MW-BoA-Kraftwerk in Neurath während seiner Regelbetriebszeit von 40 Jahren 500 Mio. t CO₂ emittieren (mind. 1.640 t/Stunde). Bleibt aber die eingesetzte Kohlemenge konstant, verharren nach dem Prinzip „1 t Kohle = 1 t CO₂“ auch die Kohlendioxid-Mengen

NRW-Braunkohlenkraftwerke und

auf dem gleich hohen Niveau. Die feinsinnige Formulierung einer „Senkung der spezifischen CO₂-Emissionen“ – also der Emissionen pro erzeugter Kilowattstunde Strom – ergibt Klimaschutzpolitisch ein Nullsummenspiel.

Darüber hinaus bestätigte die RWE Power AG auf dem Erörterungstermin (EÖT) auch, dass eine zeitnahe Stilllegung von Altanlagen im Gegenzug zur Inbetriebnahme von BoA-Blöcken vorerst nicht beabsichtigt sei. In der Vereinbarung zwischen Landesregierung und RWE vom Oktober 1994 war noch festgelegt worden, dass mit jeder Inbetriebnahme eines neuen Kraftwerks unverzüglich auch Altanlagen stillgelegt würden. Dies gilt nun nicht mehr, wie auch bereits das Beispiel Niederaußem belegt. Das RWE kündigte an, die ersten Altanlagen frühestens 2010 stilllegen zu wollen. Begründet wird dieser Bruch der Vereinbarung damit, für einen Übergangszeitraum noch Reservekapazitäten vorhalten zu müssen. Der Hauptgrund liegt aber wohl eher darin, dass erst mit der Inbetriebnahme eines neuen BoA-Blocks die benötigten Emissionszertifikate übertragen werden können (s. Erläuterung rechts).

Schadstoffemissionen unverändert hoch

Auch die Annahme der Landesregierung, wonach mit den neuen Kraftwerken auch die Minderung weiterer Schadstoff-Emissionen verbunden sei, trifft nur bedingt zu.

Eine Anfrage beim Staatlichen Umweltamt Köln bezüglich der aktuellen Emissionsdaten belegt, dass die SO₂-Emissionen des BoA-Blocks K mit 0,34 g/kWh fast dreimal so hoch sind wie z.B. des alten Kraftwerk-Blocks G (0,13 g/kWh). Bis auf die ältesten Niederaußem-Blöcke A/B (0,35 g/kWh) liegen alle anderen Blöcke deutlich unter dem „modernen“ BoA-Block. RWE Power erklärt das mit der Verfeuerung besonders schwefelhaltiger Kohle. Misst man diesen Umstand jedoch an der Ankündigung, die SO₂-Emissionen um 30 % zu senken, entpuppt sich diese als dreiste Lüge.



Richtig ist, dass die Emissionen von Staub, NO_x und CO gegenüber den

Emissionshandel

Für die Erneuerung der NRW-Braunkohlenkraftwerke gelten im Rahmen des ab 1.1.2005 eingeführten Emissionshandels folgende Regelungen für die Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten:

Alte Braunkohlenkraftwerke werden ab dem 1.1.2008 bei der Zuteilung von Emissionsrechten mit einem Malus von 15 % belegt, wenn sie einen elektrischen Wirkungsgrad von netto mind. 31 % oder aber ab dem 1.1.2010 von mind. 32 % aufweisen. Dies gilt nicht, wenn die Kraftwerke innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ab den genannten Zeitpunkten durch eine neue Anlage ersetzt worden sind.

Ersetzt ein Betreiber eine Anlage innerhalb von drei Monaten nach Einstellung des Betriebs durch eine Neuanlage, so werden ihm auf Antrag für vier Betriebsjahre nach Betriebseinstellung Berechtigungen für die Neuanlage in dem Umfang zugeteilt, wie es für die alte Anlage gegolten hätte. Darüber hinaus werden dem Betreiber für die Neuanlage für weitere 14 Jahre Berechtigungen zu 100 % des tatsächlichen Bedarfs zugeteilt.



Altanlagen gesenkt werden können. An den Einbau hoch-effizienter Gewebefilter zur Verringerung der Feinstaub- und Schwermetallemissionen will das RWE allerdings verzichten, da diese zur Verringerung des Wirkungsgrades führen würden. Auch der Ankündigung von NRW-Energieminister Dr. Horstmann vom 01.02.2005, wonach das RWE in allen Kraftwerken neuartige Bi-Corona-Elektrofilter einbauen wollte und „der Einbau dieses Filters im Braunkohle-Kraftwerk Neurath unmittelbar bevor (steht)“, trifft nicht zu. Auf Nachfrage erläuterte das RWE anlässlich des EÖT BoA Neurath, dass daran nicht gedacht sei. Zwar würden kleinmaßstäblich die Entwicklung eines solchen Filters anlaufen, über evtl. Verfügbarkeiten seien allerdings keinerlei

Aussagen möglich.

Fazit:

Neue Braunkohlenkraftwerke leisten keinen Beitrag zum Klimaschutz und führen nur bedingt zu geringeren Schadstoff-Emissionen.

Mehr Infos:

- Computeranimierte [WWF-Karte der 30 größten Klimakiller-Kraftwerke](#)
- [Hintergrundinfo](#) des WWF Deutschland mit den Zuteilungsangaben für die 30 größten CO2-Emittenten in Deutschland
- [BUNDhintergrund Braunkohle und Klimaschutz](#)
- Der "[Umsetzungsbericht 2005 zum Klimaschutzkonzept NRW](#)" (PDF 663 KB)
- [BUND-Hintergrund zum Emissionshandel](#)
- [BUND-Analyse des Nationalen Allokationsplanes](#)



[Top](#)

Aktualisierung: 15.05.06

[Spenden Sie dem BUND NRW!](#)

[Kontakt / Impressum](#)